



Flüchtlingsrat Brandenburg

Eisenhartstr.13
14469 Potsdam
Tel./ Fax: 0331-716499

[info@fluechtlingsrat-
brandenburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-brandenburg.de)

www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam
KtoNr.: 350 10 10 000
BLZ: 160 500 00

Italia-Info Dezember-Februar 2005-2006

Zuschnitt aus italienischen, englischen, deutschen
und französischen Quellen

Zusammengestellt von Judith Gleitze und Anna Covelli

Wenn es nicht anders vermerkt ist, werden die Artikel zusammengefasst und NICHT im Ganzen übersetzt. Die Wiedergabe der Artikel bedeutet keine Zustimmung mit allen Ausdrücken und Inhalten!

1. Seenot – Ankunft per Boot – Sterben im Mittelmeer

www.repubblica.it - 21.12.2005

Neue Ankünfte in Sizilien

In Lampedusa ist am Morgen eines von drei Booten mit ca. 180 Flüchtlingen angekommen, ein weiteres mit ca. 100 Menschen an Bord fuhr Richtung Licata (Agrigento, Sizilien), begleitet von einer Einheit der Finanzpolizei. Das dritte Boot mit 177 Menschen an Bord – auch Frauen und Kinder – erreichte ebenfalls Lampedusa, nachdem ein Handelsschiff die Marine benachrichtigt hatte.

www.repubblica.it - 26.12.2005

Lampedusa, 300 Immigranten erreichen schwimmend die Insel

300 Flüchtlinge kamen auf 2 Booten, wovon eines sank, sie mussten in Lampedusa an Land schwimmen und wurden ins CPT gebracht. Motorboote und Hubschrauber waren vor Ort, um die Flüchtlinge zu beobachten, einige flohen auf der Insel und wurden wieder eingefangen. Allerdings sind immer noch ein paar verschwunden.

Auch an der Küste vor Ragusa (Südostsizilien), zwischen Pozzallo und Marina d'Acate kamen 221 Flüchtlinge, unter ihnen 10 Frauen und einige Jugendliche, an. Auch hier mussten einige an Land schwimmen. Die Flüchtlinge sagen, sie kämen aus dem Irak und aus Palästina, aber die Behörden behaupten, es handele sich um Nordafrikaner. Sie wurden in die Lagerhallen des Zolls im Hafen von Pozzallo gebracht, wo sie verhört werden. Eventuell werden sie dann in das Lager Pian del Lago in Caltanissetta gebracht.

2. Lager

Von Fulvio Vassallo Paleologo, ASGI (Vereinigung der JurastudentInnen zur Immigration) und ICS (italienweite Flüchtlings-NGO), www.meltingpot.it

Notstand im CPT – was passiert in Trapani?

Paleologo berichtet, dass die Zustände in den Haftlagern in Italien untragbar werden – u.a. auch weil alle zusammen untergebracht werden: Frauen, Kinder, Asylsuchende, Illegalisierte, die seit Jahren in Italien sind...Die Gewalt untereinander, aber vor allem in Bezug auf die Behandlung der Ausländer durch die Polizei nimmt zu. Der politische Wille, multifunktionale Lager einzurichten (CPT, Identifikationszentren und Durchgangslager) macht die rechtliche Situation für die Häftlinge noch viel unübersichtlicher und unsicherer. Aber die Situation in den CPT ist heute schon explosiv. Das Feuer vor 6 Jahren hat im CPT Trapani 6 Menschen das Leben gekostet, und die Verfahren gegen die Betreiber scheinen ins Nichts zu führen. Es gab mehrere Flucht- und Rebellionsversuche aus Serraino-Vulpitta, dem CPT in Trapani, die jeweils mit Sanktionen bestraft wurden – aber nicht mit juristischen wie Anzeigen, sondern mit ganz persönlichen Bestrafungsaktionen, die die Spannung noch mehr erhöht haben. Bei Besuchen der Abgeordneten Miccichè und Mascia wurden Hämatome bei den Häftlingen festgestellt, die das Ordnungspersonal als Fußballverletzungen abtat. Die enormen Spannungen im Lager haben bis heute nicht nachgelassen, immer noch versuchen einige Insassen, sich selbst etwas anzutun, Selbstmordversuch, Fluchtversuche, Aufstand... Es gibt eine Isolationszelle, in der in den letzten Tagen ein 19-jähriger Marokkaner eingesperrt wurde und der bei einem Delegationsbesuch am 17.12.05 Spuren einer ausgedrückten Zigarette (am Auge) zeigte. Der junge Mann erzählte seine Geschichte der Senatorin de Zulueta: er sei Opfer eines Übergriffs eines anderen Afrikaners geworden. Er war verschüchtert, resigniert, fertig. Aber es kam noch schlimmer. Nach einem weiteren Besuch des Abgeordneten Russo Spena am Sonntag, der nach einem Fluchtversuch und in einer höchste angespannten Stimmung erfolgte, entbrannte ein Streit zwischen dem jungen Marokkaner und einigen Polizisten, die ihn auf die Questura gebracht hatten und ihn dann wieder in die Isolationszelle sperren wollten. Als die anderen Häftlinge am Mittwoch nach dem Verbleib des Mannes fragten und protestierten, erfuhren sie, dass er erneut in die Sicherheitszelle gesperrt worden war, blutend, im Gesicht verletzt, er konnte kaum auf den Füßen stehen, einem Pflaster in der Nähe der Geschlechtsorgane, in die er getreten worden war. In einem Raum waren noch die Blutspuren zu sehen – ganz das Gegenteil von den Räumen, die die Delegation kurz zuvor zu sehen bekommen hatte. Ein weiterer Flüchtling, der protestiert hatte, weil man ihm nicht das Geld ausbezahlt hatte, dass er während der Haft verdient hatte – man gab ihm einen nicht einlösbaren Scheck – wurde in ein anderes Lager verlegt – wahrscheinlich nach Caltanissetta, vielleicht aber hat man ihn auch

abgeschoben. Ein rumänischer Migrant, der in Castellamare del Golfo vergeblich versucht hatte bei den Carabinieri seinen eigenen Arbeitgeber anzuzeigen wurde an die Grenze begleitet; eine Untersuchung gegen den Arbeitgeber, der keine Löhne bezahlt hatte, gab es nicht.

Während des Besuchs der Delegation sprachen einige Polizeibeamte sehr böse Worte gegen einen Immigranten, der gegen die Behandlung protestiert hatte. Diese Drohungen schüren ein Klima der Gewalt auch unter den ImmigrantInnen, das hat auch die Delegation mitbekommen.

Es ist eine unendliche Liste der Missbräuche gegenüber den Insassen, die in den 3 Delegationsbesuchstagen berichtet wurden. Sie ist ausweitbar auf ganz Sizilien: so ein Fall von 20 ImmigrantInnen, die am 4.11. in Lampedusa gelandet waren und nach Caltanissetta gebracht wurden, in dieses multifunktionale Lager. Erst nach 1 Monat haben sie den Bescheid der Rückschiebung erhalten, ganze 4 Wochen hat man sie nicht informiert, die ganzen 4 Wochen wurden sie unrechtmäßig festgehalten. Dann noch die Aussicht auf weitere 60 Tage in der Abschiebungshaft Serraino Vulpitta in Trapani. In diesem Falle konnte zumindest ein Anwalt eingeschaltet werden, während das im Falle des jungen Marokkaners und in so vielen anderen Fällen nicht möglich ist. Stattdessen werden sie mit Gewalt zum Schweigen gebracht.

Der Marokkaner hatte keinen Dolmetscher, keinen Anwalt. Er wird dem Richter vorgeführt, ohne Dolmetscher. Man wird ihm Dinge anhängen, die er nicht begangen hat. Und so hat das System CPT einen weiteren „Kriminellen“ produziert. Es scheint sich ein neues Haftlager in Milo, Provinz Trapani, im Bau zu befinden. Natürlich sind die Arbeiten, wie immer und dank der Dekrete der Regierung (Notstand – da muss nichts erklärt werden), ganz geheim. Es gab sehr viele Delegations-Besuche und noch mehr Kritik an den inhumanen Zuständen in den Haftlagern in Sizilien. Man darf es nicht zulassen, dass die Anklagen eines Fabrizio Gatti über die Situation in Lampedusa einfach ohne Folgen bleiben. Ebenso wenig ist das einschüchternde Klima zu akzeptieren, dem sich antirassistische Organisationen ausgesetzt sehen.

Es müsste endlich eine vom Parlament beauftragte Untersuchung geben, um klarzustellen, was in diesen Haftlagern vorgeht und was mit den Asylsuchenden passiert.

Haftlager sind keine Orte, die man humaner gestalten kann und die dokumentierten Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass sie geschlossen werden müssen!

http://www.meltingpot.org/stampa.php?id_article=6361

**Bari – Ankündigung der Eröffnung des letzten apulischen CPT
Interview mit Dario, Rete No Cpt (Netz keine CPT), Bari, 25 November 2005**

Das letzte apulische CPT wird Ende November in Bari eröffnet, obwohl das lokale Italienische Rote Kreuz sicher weigerte, die Leitung zu übernehmen. Stattdessen wird jetzt die MISERICORDIA (die auch auf Lampedusa tätig ist!) das Lager leiten. Wie der Antrag der Misericordia, die vorher auf dem 2. Platz war, aussieht und warum der Leitungsauftrag an sie ging, weiß man nicht. Das CPT Bari S. Paolo liegt auf dem flachen Land und ist eines der größten Lager Italiens. Es ist von einer 5–6 m hohen Zementmauer umgeben. Nun gibt es 3 Abschiebungslager in Apulien: das Wohnwagendorf auf dem Flughafen Bari Palese, das

multifunktionelle CPT in Borgo Mezzanone und das CPT Restinco in Brindisi. So wird also Apulien nach Sizilien zum Experimentierfeld für den „Krieg gegen die MigrantInnen“ mit dem Freifahrtsschein zum Handeln, der sich „Notstand“ nennt. Die Eröffnungen der Lager Gradisca (Friaul) und Bari sind ein Schlag ins Gesicht des Mitte-Links-Bündnisses, die sich für die Abschaffung der CPTs einsetzen und ist der Versuch, die Krise innerhalb des Mitte - Links-Bündnisses, die über das Thema zerstritten sind, anzufachen.

www.articolo21.info/notizia.php?id=2930

di Perla Dipoppa

Der neue Abschiebungsknast in Bari – einer der größte in Italien – wartet auf seine neue „Gäste“

(A Bari si attende a giorni l'arrivo degli "ospiti" del nuovo Cpt, uno dei più grandi in Italia)

Es ist von einer 6 Meter hohen Mauer umgeben und mit einem Metalldraht gesichert, der nur die Umrisse der Menschen dahinter erkennen lässt. Es ist eines der größten Lager in Italien, weit draußen, in der Peripherie von Bari, Apulien. Vor den Toren warten sie gemeinsam, Polizisten und AktivistInnen der „Rete No-CPT“, dem Netzwerk gegen die Lager. Das Thema Lager ist nach dem spektakulären Bericht von Fabrizio Gatti aus Lampedusa zwar wieder aktuell, doch die zeitgleiche Eröffnung der Lager Gradisca (an der slowenischen Grenze) und Bari reichen trotzdem nicht, um es tatsächlich landesweit zu diskutieren. Der Bürgermeister Baris jedenfalls will dieses Lager nicht und hat einen internen Brief raus gegeben, in dem er zum „administrativen Ungehorsam“ aufruft – die Firmen, die Wasser, Gas und Strom liefern sollen, sollen es eben nicht tun. Nun wird in Bari die Misericordia die Lagerleitung übernehmen, nachdem sich das Rote Kreuz zurückgezogen hatte. Die Gründung dieser Lager geht auf das Turco-Napoletano Gesetz von 1998 zurück und war eigentlich als Lager für eine Art Geduldete gedacht und hatte eine humanitäre Auslegung – es hieß anfangs auch CPTA – A für „assistenza“ – Unterstützung. Das „A“ ging irgendwie verloren...Stattdessen handelt es sich jetzt eher um eine Art Abschiebungshaft.

Das Bossi-Fini Gesetz von 2002 hat das Ganze nicht nur legitimiert, sondern die Haftzeiten auch noch verlängert. Nun ist die Begleitung an die Grenze die Tagesordnung – das war vorher nur in Sonderfällen vorgesehen. Auch der Ton beider Gesetze unterscheidet sich: bei Bossi-Fini klingen die Alarmglocken – Migration als illegale Handlung, Asylsuchende dürfen 60 Tage eingesperrt werden. Für Asylsuchende wurden nun noch die speziellen CDIs gegründet, die Identifikationszentren – aber da geht alles sehr durcheinander – bedenke man nur, dass Lampedusa angeblich eine Erstaufnahme sein soll...

Die Enthüllungen von Gatti sollten das Europ. Parlament auf den Plan rufen, doch wieder einmal steht dieses „Problem“ hinten an. In allen Lagern, von Brindisi über Crotona nach Mailand werden die Menschenrechte verletzt, und nicht nur dies, sondern auch das Recht, Informationen zu erhalten – das ist ein Grundrecht nach Art. 21 der Verfassung.

Il manifesto, 4.12.2005

Cinzia Gubbini: **Studenten und Betroffene besetzen den Sitz des Verbandes, der einige der CPTs leitet**

Die Vereinigung MISERICORDIA hatte sich am 4.12. in Rom treffen wollen, um die Leitung einiger CPTs zu besprechen. Doch die Sitzung fiel erst einmal ins Wasser: Demonstranten besetzen den Sitz und wollten diskutieren, was der Chef auch zusagte. Die Demonstranten glauben, dass sie diesen Kampf gewinnen können: In Gradsica hat sich das Grüne Kreuz nach Protesten als Betreiber zurück gezogen, in Vicenza verzichtete der Lebensmittelversorger für den Abschiebungsknast Bologna auf einen weiteren Vertrag und in Bari hatte das Rote Kreuz ebenfalls verzichtet. Die Misericordia betreibt derzeit das Lager auf Lampedusa und ist überhaupt ganz gut beteiligt im Lagergeschäft.

2a. Lampedusa

http://www.tanadezulueta.it/html/modules/xt_conteudo/index.php?id=28 von den Verdi (Grüne), Sommer 2005

Senatorin Tana de Zulueta: zusammenfassender Bericht über die Ereignisse auf Lampedusa Mai–Oktober 2005

(“Estate 2005: riprendono gli arrivi a Lampedusa e le espulsioni. A settembre Fabrizio Gatti de 'l'Espresso' si finge curdo ed è rinchiuso nel Cpt per una settimana”)

In der Woche vom 6.–8.5.2005 erreichen mehr als 1000 Menschen Lampedusa und werden in das dortige Lager gezwängt. Dann werden sie auf andere Lager in Sizilien und Kalabrien verteilt, nicht nach Libyen ausgeflogen.

Doch dann beginnen die Abschiebungen nach Libyen erneut:

Am 14.5.2005 werden 1250 MigrantInnen nach Libyen abgeschoben, obwohl der Europäische Menschenrechtsgerichtshof Kollektivabschiebungen im Falle von 11 Abgeschobenen im Vorfeld kritisiert hatte!

Am 20.5.05 berichtet die Abgeordnete Tana de Zulueta, dass 67 Flüchtlinge am 14., weitere am 16. und 21.5. nach Libyen ausgeflogen wurden. Die ital. Regierung negiert diese heimlichen Abschiebungen nach internationalen Protesten.

Am 18.5.05 halten einige Parlamentarier eine Pressekonferenz und anzukündigen, dass ein Krisenstab bereit ist einzugreifen, um die Rechte der MigrantInnen gewahrt zu wissen. Währenddessen wurde der Anwältin Alessandra Ballerini, die die Fälle von 79 Cap Anamur Flüchtlingen vor dem Gerichtshof in Straßburg vertrat, der Zugang zum Lager Crotone (Kalabrien) verweigert.

Abschiebungs–Charterflüge eingestellt

Dank der Proteste von NGOs stellt die Blue Panorama Airlines im Juli ihre Abschiebungs–Charterflüge ein.

August 2005: Abkommen Libyens mit der IOM und unzählige Abschiebungen

Das Abkommen Libyen–IOM wird am 9.8.05 geschlossen. Finanziert wird der Austausch durch die „5 + 5“ – Staaten: Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, Malta – Tunesien,

Marokko, Algerien, Mauretanien, Libyen (Programm „westlicher Mittelmeerdialog“ oder „5 + 5“).

Nach weiteren Abschiebungen im Juni und Juli werden am 10.8.05 65 Personen in einem Charterflug nach Libyen gebracht. Es wird behauptet, dass es sich um Ägypter handele. Es gibt kein Rückübernahmeabkommen zwischen Italien und Ägypten, also werden die Flüchtlinge nach Libyen gebracht.

August 2005: erschreckende Zustände im Lager Lampedusa

Im August leben mehr als dreimal so viele Flüchtlinge in Lampedusa als die Kapazität aufweist (ca. 190 Plätze). Alle werden zusammen untergebracht, da es sich nicht mehr um ein „Aufnahmelager“, sondern neustens um ein gemischtes Lager handelt. 10 Carabinieri sollen bei Hunderten von Menschen unter schwierigsten Umständen Ruhe halten in Lampedusa, ca. 40 Polizisten und Grenzer übernehmen die Identifizierung. Es werden Funktionäre aus Tunesien, Marokko und Algerien eingeflogen. Um die Situation im Lager zu verbessern müsste man die Flüchtlinge nur auf andere Lager verteilen, dann entspräche es aber nicht mehr einer andauernden „Notstandssituation“, die die Regierung beibehalten möchte, damit ihre Mittel der Abschiebung gerechtfertigt sind.

Bericht über die Haft von Minderjährigen in Lampedusa

Ebenfalls im August unterschreiben mehrere Europaparlamentarier einen Bericht und eine Anzeige beim Jugendgericht Palermo, weil 45 Minderjährigen zusammen mit den Erwachsenen auf Lampedusa inhaftiert sind.

Das ARCI-Dossier und der Besuch der Delegation des Europäischen Parlaments

Im September 2005 übergibt die Vereinigung ARCI den Parlamentariern ein Dossier über die Ankünfte, Rückschiebungen und Verlegungen von Lampedusa in andere Lager. Die Zahlen widersprechen denen des Innenministeriums: am 13.9. waren 1801 Flüchtlinge gelandet, 179 von ihnen werden per Flugzeug in unbekannte Orte ausgeflogen – wahrscheinlich nach Libyen. Die Europaparlamentarier fanden das Lager fast leer vor (siehe LIBE – Bericht, letzte Italia Info).

Die Reportage von Fabrizio Gatti/Bilal im cpt Lampedusa

Der komplette Text des Journalisten, der sich als Kurde in das Lager „einschlich“, ist im letzten Italia Info abgedruckt.

Pisanu (Innenminister) wurde gefragt, ob er das Parlament und den Europ. Menschenrechtsgerichtshof bezüglich der Zustände in Lampedusa belogen habe. Doch Pisanu schickte nur den Präfekten von Agrigento nach Lampedusa. Die Untersuchungen zu den Ergebnissen und Berichten Gattis über die Zustände in Lampedusa werden in die Hände derer gelegt, die mit angeklagt sind, diese Zustände zuzulassen: der Präfekt von Lampedusa, die Carabinieri, von denen die meisten Gewalttaten gegenüber den Flüchtlingen ausgingen.

Wird Lampedusa geschlossen?

Am 17.10.05 lässt Pisanu verlauten, es könne sein, dass das Lager geschlossen werde. Am 28.10. findet eine Anhörung mit Gatti und Mauro Parissoni, der einen TV-Bericht zu Lampedusa gedreht hatte und die Aussagen von Gatti bestätigt, vor einer Delegation des Europäischen Parlaments statt. Die Europaparlamentarier fordern mit erneuter Vehemenz die Schließung des Lagers sowie die Vorladung Pisanus, der sich weigert.

Inzwischen ist im Gespräch, das Lager in einen anderen, größeren Gebäudekomplex auf der Insel umzuziehen.

http://www.meltingpot.org/stampa.php3?id_article=6418

CPT, die verweigerte Information

Interview mit dem Journalisten Fabrizio Gatti

Gatti hat am 5.12.05 in Parma auf einer Veranstaltung zu den Fluchtrouten über Mali und Sudan durch die Wüste nach Libyen und Tunesien sowie weiter nach Italien referiert. Er stellte fest, dass die „Reise“ meist im Abschiebungslager in Italien endet. Er wurde nach diesen Abschiebungslagern befragt: es seien Käfige, eine essentielle Fabrik zur „Herstellung von Illegalisierten“. Auf die Frage, wer in diesen Lagern sitze – so auch in Lampedusa (offiziell ein Identifizierungslager): Menschen, die keinerlei Verbrechen begangen haben, die ihrer Freiheit beraubt werden, werden als Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen. Menschenrechte außer dem Recht auf das Leben selbst werden nicht beachtet. Die wichtige Frage neben der der Existenzberechtigung dieser Lager ist die der Leitung dieser Lager! Es geben eine systematische Verletzung der Verfassungsrechte – z.B. dem der Informationsfreiheit. Man muss sich „reinschmuggeln“, um mitzubekommen, was in diesen Lagern passiert. Auf die Frage, inwieweit der „schwarze Arbeitsmarkt“ von den dann teils freigelassenen Illegalisierten profitiert antwortet Gatti, dass die illegale Einwanderung der Hauptverdienst der Menschenhändler ist, aber diese illegale Einwanderung ist auch eine große Verdienstmöglichkeit der Wirtschaft der Einwanderungsländer, also Italien. In der Lombardei beispielsweise müsste man einem regulären Arbeiter 7,50 € die Stunde zahlen + Versicherung, Illegalisierte arbeiten für 2 € /Stunde, ohne Versicherung, ohne die Möglichkeit auf einen regulären Wohnort, ohne Gesundheitsversorgung. Letztes Jahr veröffentlichte der Espresso die Geschichte eines ägyptischen Schwarzarbeiters, der 12 Stunden am Tage arbeitete, sonntags 8 Stunden, bezahlt wurde er aber nur für 7,25 Stunden. Das bedeutet, die Firmen verdienen nicht schlecht daran.

Im Folgenden verurteilt Gatti den Bau der Lager (die er aufgrund des Vergleichs zu den Konzentrationslagern nicht so nennen möchte) in Libyen: die Kontrolle der Migration in die Hände Libyens zu geben ist wie die Kontrolle einer Bank in die Hände eines Bankräubers zu geben.

2b. Gradisca (an der slowenischen Grenze)

www.meltingpot.org/articolo6629.html

Besuch einer politische Delegation in Gradisca

'Dieser Abschiebungsknast ist monströs, furchtbar'.

So lautet der erster Kommentar der Delegation, die am 30.01.06 das neue Abschiebungslager, das bei Gradisca (Gorizia) bald eröffnet werden soll, besucht hat. Mitglieder der Delegation waren, u.a. die Senatoren Giovanni Russo Spina (Rifondazione Comunista – Kommunistischer Partei), Tana de Zulueta (Verdi – Grüne), Milos Budin (DS – Linke Demokraten), Regionsassessor für Immigrationspolitik Roberto Antonaz und Regionsrat Alessandro Metz (Verdi). Ihre Kommentare gegenüber der Presse drücken die

Sorge um das Lager aus, das als „Empfangstruktur“ geplant war, aber nach dem Modell eines Sicherheitsgefängnis entworfen wurde, aus.

'Nach dem was wir gesehen haben, finde ich es besser die Eröffnung des Lagers heute abzulehnen, anstatt es zu einer Klage für Menschenrechtsverletzungen in der Zukunft kommen zu lassen. Es ist unmöglich, in so einer Lager-Struktur über Empfang zu reden.' – *A. Metz*
Der Abschiebungsknast ist unmenschlich und es gibt eine Besorgnis erregende Unklarheit über die Teilung der Aufgaben zwischen der Leitung und der Polizei.' – *Gianfranco Schiavone (ICS – Italienweite Flüchtlings-NGO)*

'Diese Struktur stellt ein Lagersystem dar, das schlechter als die eines Gefängnisses ist. Ich habe noch nie ein Gebäude mit so vielen Gittertoren gesehen. Dieses Knast sieht so aus wie ein deutsches Hochsicherheitsgefängnis, wo Betten, Stühlen und Tische an den Boden festgenagelt sind, Betten keine Sprungfedern haben und das Licht zentral kontrolliert wird, die Höfe sind viel zu klein. Das Ganze ist psychologisch und gesellschaftlich schreckenerregend.' – *Giovanni Russo Spena*

Für diejenigen, die Italienisch verstehen, es ist auch möglich die Aussagen in streaming zu hören, unten www.meltingpot.org

www.tanadezulueta.it, Art. 149

De Zulueta (Verdi/Grüne): **'Der Minister soll die Eröffnung des Gradisca-Abschiebungsknasts ablehnen.'**

(De Zulueta: Il Cpt di Gradisca non deve essere aperto)

Senatorin Tana de Zulueta hat beim Innenminister mit einer Anfrage beantragt, die Eröffnung des Abschiebungsknasts in Gradisca abzulehnen,.

'Die Haftstrukturen dieser Haft gehen nicht mit den Italienischen und Europäischen Gesetzen zum Schutz für die Inhaftierten zusammen.

Außerdem verursachen diese Strukturen wegen Mangel an Fluchtwegen selbst eine konkrete Lebensgefahr für die Inhaftierten. Die Zellen sind durch Gittertore voneinander getrennt, die aber keine Zentralschaltung haben (was gegen das Gesetz ist). Das heißt, diese Gittertore sollten nachts – wenn die Flüchtlingen allein sind – offen gelassen werden, um den Inhaftierten einen Notausweg zu lassen. Sollte man die Tore schließen, ginge man ein absolut inakzeptables Risiko ein, vor allem nachdem was in Amsterdam und in Trapani passiert ist (wo 12 und 6 Inhaftierte durch Brände umkamen.)

Die Anfrage lautet weiter: 'Laut dem Brandschutzgesetz in Mehrzweckgebäuden, am 21.02.05 vom Innenminister erlassen, müssen alle Fenster zu öffnen sein, und die Tore müssen eine Abstandschaltung haben. In Gradisca kann man kein Fenster von innen aufmachen, und die Tore sind nur mit der Hand zu öffnen. Wir bitten der Regierung sich einzusetzen und erinnern, dass die ganze Zivilgesellschaft und die lokale Institutionen – Region Friuli Venezia Giulia, Provinz Gorizia und Stadt Gradisca – sich gegen die Eröffnung entschieden haben. Es geht auch gegen die Prinzipien des Bossi-Fini Gesetzes, einen so großen Knast in einem Ort zu bauen, wo es seit Jahren keine Probleme mit illegaler Einwanderung gegeben hat.'

www.globalproject.info – www.meltingpot.org/articolo6655.html

04/02/2006 Grüne und Italienische Kommunisten: 'Wir tadeln die Mittäterschaft mit dem Abschiebungsknast'

(Verdi e Pdc: 'Deploriamo la complicità sul cpt'. Meldung am 03.02.2006)

Unschuldige Opfer der Hoffnungslosigkeit zu inhaftieren ist ein Verbrechen gegen Menschheit, das vor dem informellen Gericht unserer Zivilgeschichte verurteilt wird. Die Abschiebungsknäste versammeln in sich eine Mehrheit die Opfer von Gewalt und Hunger ist; es handelt sich nicht um Menschen, die auf der Suche nach Arbeit sind. Die Schwere ihrer persönlichen Geschichten ist der Maßstab unserer Verantwortung. (...)

Wir tadeln diejenigen, die durch ein moralistisches Alibi die Auferlegung solche Leiden rechtfertigen. Die Migranten, die zu uns kommen sind lebende Beweise der furchtbare Ungleichheit unserer Weltgesellschaft. Das müssen wir wahrnehmen und konsequent dazu politisch und individuell handeln, und wir bitten den Präsidenten der Region Illy, in diese Richtung tätig zu werden.'

Trieste, 3. 2. 2006

Gianni Pizzati, Regional Präsident der Grünen

Antonino Cuffaro, Regional-Sekretariat der Italienischen Kommunisten

www.meltingpot.org/articolo6647.html – *Il Manifesto*, 02.02.2006

'Keine rote Genossenschaften in Gradiscas Abschiebungsknast'

('Niente coop rosse nel cpt di Gradisca')

MATTEO MODER – Eine Blitzaktion von ca. 100 antirassistischen Aktivisten aus dem Nordosten Italiens und Bologna hat gestern stundenlang den Zugang zum der Sitz Sozialgenossenschaft Minerva verhindert. Die Genossenschaft – die seit einige Monaten Mitglied der Friulis Legacoop (Genossenschaftsverband Friaul) ist – hat die Auftragserteilung für Leitung in Gradiscas Lager erhalten

Es gab keine Ausschreitungen bei der Demonstration: die Demonstranten haben die Eintrittstüren zum Genossenschaftssitz versperrt und den Mitarbeitern Flyer gegeben, die sie aufrufen, keine Folterknechte der Menschen zu werden, deren einzige Schuld ist, Ausländer zu sein.

Der grüne Regionsrat Metz hat ernste Zweifel über Minervas Verhalten ausgedrückt : 'Minerva hat an der Auftragserteilung teilgenommen, und dafür hat sie die Führung des Behinderten-Zentrums Gorizia ohne Nachfolge fallen lassen gelassen. In Italien kommt also die Leitung eines Lagers vor den Beistand behinderter Menschen. Auch das Innenministerium hat mir keine Möglichkeit gegeben, die Unterlagen für die Leitung des Abschiebungsknasts zu lesen. Ich glaube nicht, dass Minerva die Voraussetzungen hat, den Auftrag zu bekommen: ihr Kostenangebot beträgt von 75 € pro Tag pro Person, während die anderen Anbieter von 35 € täglich sprechen.'

Das Regionsgericht Lazio musste am 23. Februar über die Berufungen urteilen, die die Stadt Gradisca, Provinz Gorizia und die Region Friuli Venezia Giulia eingereicht haben. 'Für diesen Knast sind schon 17 Mio € ausgegeben worden, eine Verschwendung, für die wir die Intervention des Bundesrechnungshofes einfordern', so Giovanni Russo Spina (Kommunistische Partei).

3. Abschiebungs- und Flüchtlingspolitik: Charter – Libyen – Nordafrika

Abriss über die Kooperation Italien–Libyen im Jahr 2004–2005

http://www.tanadezulueta.it/html/modules/xt_conteudo/index.php?id=28 – 11.02.2006

Das heimliche Abkommen zwischen Italien und Libyen zu Einwanderung

(„L´accordo segreto Italia–Libia sull´immigrazione“)

Im Sommer 2003 kündigten Berlusconi und Ghaddafi mit großem Getöse einen Kooperationsvertrag über die illegale Einwanderung an. Eigentlich muss jedes bilaterale Abkommen vom Parlament abgesegnet werden, aber in diesem Falle hat kein Abgeordneter dieses Papier je zu Gesicht bekommen.

Im April 2005 gelangte der Journalist Fabrizio Gatti („Espresso“) an eine Kopie des geheimen und an die EU-Kommission gerichteten Berichts, der im Europäischen Rat diskutiert wurde: auf der Tagesordnung stand die Kooperation mit Libyen zur Eindämmung der illegalen Migration. In dem Bericht wird über Menschenrechtsverletzungen und Lager, die Asylrechtsverletzungen und Abschiebungen in Libyen berichtet. Und zum ersten Mal wurden die einzelnen Punkte des Abkommens deutlich: Italien bezahlte Charterabschiebeflüge für 5688 MigrantInnen (darunter 109 bei Rückkehr stark gefährdete Eritreer), 100 Zodiac-Schlauchboote und 1000 „body bags“. Zudem hat Italien ein Haftlager für Illegalisierte in Italien finanziert, ein Lager, aus dem Misshandlungen, Mangel an Nahrungsmitteln, Gewalt und Folter von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert sind. Italien ist, da es mit Libyen kooperiert und dorthin abschiebt, mit verantwortlich für diese Menschenrechtsverletzungen und das Schicksal der Menschen.

Tana de Zulueta kommentiert, dass der Bericht die Aussagen des Staates widerlegt, die Abschiebungen aus Italien hätten die internationalen Rechte nicht verletzt.

Am 7.4.2005 erklärt der Untersekretär des Innenministeriums Michele Saponara auf die Fragen von de Zulueta, dass die Italiener die libysche Polizei ausbilden und dass die Abschiebungen nach Libyen als Abschreckung für diejenigen dienen soll, die den Kanal von Sizilien überqueren wollen.

Eine Unterkommission des Menschenrechtsausschusses des Europäischen Parlaments besucht im April 2005 Libyen und fordert, dass Libyen erst mal die Genfer Konvention ratifizieren müsse. Im Mai fordert de Zulueta nach mehreren missglückten Versuchen erneut, dass die italienische Regierung dem Parlament die Abkommen vorzulegen hätten. Im Juni reist der Direktor der Abteilung Justiz und Inneres der Europäischen Kommission im Auftrag des Kommissars Franco Frattini nach Libyen. Am 20.7.2005 findet ein Treffen zwischen EU-Staaten und Libyen auf Malta statt, um ein Abkommen zur Bekämpfung der illegalen Migration auszuhandeln. Das alles trotz der Vorgabe, dass solche Abkommen nur mit Staaten geschlossen werden dürfen, die die Genfer Flüchtlingskonvention und die

Menschenrechte anerkennen! Im Juli 2005 enthüllt der italienische Rechnungshof aufgrund der Ausgaben 2004, dass die ital. Regierung den Bau zweier Lager in Libyen finanziert hat, davon wurde das Parlament niemals unterrichtet.

Im August 2005 bestätigt der Regierungsbericht die Finanzierung von drei Lagern für Illegalisierte in Libyen. Das erste liegt in Garyan, in der Nähe von Tripolis, und hat 1000 Plätze. Am 9.8.2005 unterzeichnet Libyen ein Abkommen mit der IOM, auf dessen Grundlage die IOM ein Büro in Tripolis eröffnen kann. Die IOM soll Libyen bei der „freiwillige Rückkehr“ von Illegalisierten helfen.

Am 17.8.05 gibt der ital. Innenminister eine Reihe von Daten bekannt, die bezeugen, wie hilfreich die Zusammenarbeit mit Libyen ist: in der letzten Woche hätten die libyschen Behörden 37 Migranten lebend gerettet und 69 Personen inhaftiert, die von Zuara aus nach Italien wollten. Am selben Tag sind 597 Flüchtlinge auf Lampedusa gelandet...

Es soll auch ein Treffen zwischen Innenministern Italiens und Libyens zur Bekämpfung der illegalen Migration gegeben haben, doch das Parlament wurde über die Inhalte nicht informiert.

Im September 2005 schreibt Giovanni Maria Bellu von der „Repubblica“ eine Reportage über die Strategie der „Schlepper“: Die Boote, die ca. 25 Personen aufnehmen können und mit denen sie den Kanal von Sizilien überqueren (ohne Bootsführer), halten auch auf Malta. Die Dutzende von Booten, die die libysche Küste verlassen haben, können nicht unbemerkt von den libyschen Behörden gefahren sein – sie müssen also Komplizen der „Schlepper“ sein.

Am 15.9.05 besuchte eine Delegation von Europaparlamentariern Lampedusa (LIBE-Bericht, siehe letztes Italia Info).

Ebenfalls im September gibt sich der Journalist Fabrizio Gatti als Kurde aus und kommt ins Lager Lampedusa (siehe letztes Italia Info).

Für diejenigen, die Italienisch verstehen hier ein paar weiterführende Infos, zusammengestellt von Tana de Zulueta, zu den oben angesprochenen „Ereignissen“ und Ankommen:

[Reportage di Fabrizio Gatti sul 'Corriere della Sera' sulla rotta Niger-Libia-Italia, dicembre 2003-gennaio 2004](#)

[Comunicato Tana de Zulueta: il governo informi il Parlamento degli accordi con la Libia \(ottobre 2004\)](#)

[Comunicato di Tana de Zulueta: cosa fa il governo per tutelare i migranti espulsi in Libia? \(ottobre 2004\)](#)

[Le anticipazioni dell'articolo di Fabrizio Gatti sul rapporto segreto UE](#)

[I commenti di Tana de Zulueta sul rapporto: il governo ha mentito al Parlamento](#)

[Articolo de 'il manifesto' sul rapporto UE](#)

[Il testo integrale del rapporto UE in inglese](#)

[Articolo di Gatti su 'l'Espresso' del marzo 2005 sulle conseguenze degli accordi e la sorte dei migranti espulsi in Libia](#)

[Interrogazione urgente di Tana de Zulueta del 18/03/05](#)

[Interrogazione del 23/03/05](#)

[La risposta del governo alle interrogazioni, 7/04/05](#)

[L'articolo di Fabrizio Gatti del 5/05/05](#)

[Intervista di Meltingpot a Tana de Zulueta del 5/05/05 sul rapporto UE](#)
[Articolo di Jas Gavronsky su La Stampa del 29/05/05 sui centri di detenzione per immigrati in Libia](#)
[Articolo de 'il manifesto' del 21/07/05 sulla costruzione di 2 centri di detenzione pagati dal governo italiano](#)
[Le notizie sulla costruzione dei centri in Libia date dall'Ansa a luglio 2005](#)
[Agosto 2005: il Rapporto 2005 sulla sicurezza in Italia svela la costruzione di 3 centri in Libia \(dall'Ansa\)](#)
[Il comunicato dell'OIM di agosto 2005 sull'accordo con la Libia](#)
[Il comunicato del Ministero dell'Interno sull'accordo OIM-Libia \(9/08/05\)](#)
[Il comunicato del Viminale del 17/08/05 sulla collaborazione Italia-Libia](#)
[Articolo di Giovanni Maria Bellu su 'Repubblica' del 4/09/05 sulle 'barch-clone' dalla Libia alla Sicilia](#)
[Articolo de 'l'Unità' del 16/09/05 sulla visita degli europarlamentari a Lampedusa](#)
[Articolo de 'il manifesto' del 21/09/05 sulla visita degli europarlamentari](#)
[Lo speciale sulle espulsioni da Lampedusa](#)
[Il sito di Amnesty UE: il rapporto sulla cooperazione UE-Libia in materia di immigrazione](#)

taz Nr. 7841 vom 9.12.2005, Seite 9, 102 TAZ-Bericht REINER WANDLER

Schwere Zeiten für Flüchtlinge Libyen gewährleistet die Mindeststandards für Flüchtlinge nicht, dennoch arbeiten Italien und Malta bei der Abschiebung von Schwarzafrikanern mit Tripolis zusammen

MADRID taz ■ "Libyen fehlt es an Organisation und Strategie, um mit dem Immigrationsproblem umzugehen", erklärte gestern Simon Busuttill. Der konservative Europa-Abgeordnete aus Malta stand einer Delegation vor, die Anfang der Woche Libyen besuchte, um sich über die Lage der Migranten zu informieren. Die Delegation zeigt sich besorgt, da "Libyen weder die Existenz von Flüchtlingen noch die von Asylbewerbern anerkennt".

Italien und auch Malta schieben immer wieder Menschen nach Libyen ab. Tripolis interniert sie und schafft sie danach nach Schwarzafrika. Viele der Betroffenen kommen aus Ländern mit autoritären Regimes. Die sechs EU-Parlamentarier besuchte ein Lager nahe Tripolis. Dabei konnten sie mit 8 der 360 Insassen reden. Zwei von ihnen waren aus Äthiopien, die politisch verfolgt waren.

Amnesty international fordert die EU auf, die Abschiebungen nach Libyen zu stoppen. Tripolis hat zwar die Internationale Konvention zum Schutz von Wanderarbeitern und deren Familien unterzeichnet, nicht aber die Genfer Flüchtlingskonvention. Ein Verfahren zur Anerkennung politisch Verfolgter gibt es deshalb nicht.

Der libysche Vize-Außenminister Mohammed Tahar Sila ließ gegenüber den Besuchern keinen Zweifel, in wessen Auftrag sein Land handelt. "Wir sind sehr glücklich, dass Italien mit uns zusammenarbeitet, indem es einige dieser Rückflüge bezahlt", erklärte er. Auch das Camp bei Tripolis wurde von Italien finanziert.

Was der Vize-Außenminister verschwieg: Bei weitem nicht alle Flüchtlinge werden im Flugzeug in ihre Heimat gebracht. Ein Reporter der italienischen Zeitschrift *L'Espresso* deckte auf, dass tausende tagelang ohne genügend Wasser und Nahrung auf offenen Lkw durch die Sahara transportiert werden, um sie in den Niger abzuschieben.

Libyen ist kein Einzelfall. Nach dem Massenansturm auf die Zäune der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla im Sommer, gehen auch Algerien und Marokko härter gegen Flüchtlinge vor. Anfang der Woche wurde im nordalgerischen Maghnia ein improvisiertes Flüchtlingslager aufgelöst. 600 Schwarzafrikaner wurden nach Berichten der algerischen Tageszeitung *El Watan* in den Süden geflogen. Von dort aus sollen sie in ihre Heimatländer gebracht werden. Das Lager in Maghnia, nur 30 Kilometer von der marokkanischen Grenzstadt Oujda entfernt, wurde niedergebrannt. Die Route Maghnia-Oujda ist die wichtigste auf dem Weg nach Ceuta und Melilla. Alleine 2004 hat Algerien 6.000 Schwarzafrikaner abgeschoben.

In Marokko wurden seit Jahresbeginn 28.500 Immigranten abgeschoben, Tausende in den letzten zwei Monaten nach dem Ansturm auf Ceuta und Melilla. Marokko geriet dabei in die Schlagzeilen, weil ganze Gruppen von Immigranten in der Wüste ausgesetzt wurden. Unterdessen meldete die spanische Zeitung *El Mundo*, dass Spanien 500 Soldaten aus Ceuta und Melilla abziehen will, die in den letzten Monaten die Grenzsicherung nach Marokko verstärkt haben. **REINER WANDLER**

<http://www.epp-ed.org/Press/showpr.asp?PRControlDocTypeID=1&PRControlID=4337&PRContentID=7928&PRContentLG=en>

08/12/2005: Delegation des Europäischen Parlaments diskutiert illegale Einwanderung in Libyen. Simon Busuttil MEP

"The EU and Libya need to cooperate in order to find a common solution to a common problem" – Simon Busuttil MEP, Head of EP delegation to Libya

Addressing a press conference following a fact-finding mission of the European Parliament to Libya, Simon Busuttil MEP (EPP-ED, MT) underlined the need for the EU and Libya to appreciate that the question of illegal immigration was a common problem that required a common solution.

The visit was one of a series of EP fact-finding missions to various countries affected by the issue of immigration. A visit to Lampedusa was held a few weeks ago whereas another EP delegation was dispatched to Ceuta and Melilla this week. The head of the delegation that visited Libya, Simon Busuttil, reported that the delegation had a frank and open discussion with the Libyan authorities both at ministerial as well as at the level of experts.

Two field visits were carried out: one to a detention centre in Tripoli and the other to a maritime border one hour outside the capital.

Simon Busuttil said that the aim of the mission was not "to point fingers at Libya or to ask

Libya to police Europe's borders." The message "was to evaluate the problem of illegal immigration and to ensure that both the sides embark on a process of cooperation to find a common solution to a common problem." Answering questions from the press, Simon Busuttil said that he was satisfied with the visit because it improved the level of mutual understanding on both sides. It was clear that Libya lacked the organisational capacity to deal with the influx of immigrants – 20 % of the Libyan population is said to consist of immigrants. However, there was a marked shift in the approach of the Libyan authorities. Simon Busuttil said that in contrast to a previous EP visit in April 2005, this time there was a better disposition on the part of the Libyan authorities to discuss and explore possibilities of co-operation. At a detention centre, the delegation interviewed a number of illegal immigrants, two of whom, of Ethiopian origin, claimed that they feared for their lives if they were to be sent back to their country of origin. Libya is not a signatory to the Geneva convention on refugees. However, the delegation was informed that Libya is working on a draft law on asylum which is expected to be discussed within the year. On the Action Plan proposed by the European Commission listing measures for co-operation with Libya, Busuttil said that the delegation had solicited the Libyan authorities to reply positively to the Commission. Simon Busuttil concluded that the visit helped strengthen Libya's political will to co-operate with the EU on immigration. In fact, the delegation was invited for a second visit, this time to the Southern borders of the country. The Southern borders are of particular concern for Libya as they are the main entry point of immigrants into the country. "We must show Libya that the EU is not just concerned with Libya's maritime borders – which is the European problem – but also with Libya's Southern borders – which are Libya's main concern.", he concluded.

A report on the visit is being compiled.

For more information:
Marie-Claire Bonavia, Tel +32 475 753802

http://www.meltingpot.org/articolo6370.html?var_recherche=Sossi

Federica Sossi, Universität Bergamo, seit Jahren mit dem Thema Flucht und Migration befasst, Autorin mehrerer Bücher zur Thematik, hat Interviews mit Flüchtlingen geführt, die in Mailand "leben". Hier einige Ausschnitte aus den Interviews vom 29.11.2005 mit BesetzerInnen eines Hauses in der Via Lecco 9. Alle Befragten sind über Libyen nach Italien eingereist.

Abubaker aus Darfur: Er ist wegen des Krieges geflohen, Europa galt immer als demokratisch und die Menschenrechte einhaltend. Er ist 20 Tage gereist, die Reise war furchtbar. Vor allem in Libyen darf man nicht sagen, dass man nach Italien will, dann kommt man ins Gefängnis. Er war im Mai 2005 15 Tage in Libyen, nach einer 7-10tägigen Überfahrt kam er in Lampedusa an, es gab wenig zu Essen und zu trinken. Schließlich kenterte das Boot mit 27 Leuten, sie wurden aus dem Meer gefischt. Er kam nach Lampedusa ins Lager, hier wurden aber nur die Fingerabdrücke genommen, sonst hat man ihn über nichts informiert. Nach 10 Tagen wurde er nach Borgo Mezzanone in Apulien ins Lager gebracht, hier hielt man ihn 2

Monate fest. Das Essen sei auf Lampedusa besser gewesen, aber ansonsten war es dort furchtbar, sagt Abubakar. Er habe keine Kleidung bekommen, obwohl er keine Schuhe mehr hatte. Die Kommission hat ihn schließlich angehört, 2 Stunden lang, und ihm einen humanitären Aufenthaltsstatus für ein Jahr gegeben. Nach der Anhörung ist er ein Jahr lang in Foggia, der nächsten Kreisstadt geblieben, weil er hoffte, hier Unterstützung zu finden, denn er hatte kein Geld. Dann ist er schließlich gen Norden im Zug losgefahren, immer ausgestiegen, wenn die Kontrolleure kamen, dann mit dem nächsten Zug weiter. Er war ein paar Tage in Venedig, doch auch da hat man ihm nicht geholfen. Mit einem Freund, der in Udine lebte, zog er rum, lebte auf der Straße, aß Abfälle aus dem Müll. Als er schließlich nach Mailand kam dachte er, er könne nun endlich seine Probleme lösen da er hier Freunde hatte, aber auch hier lebten sie auf der Straße.

Seif aus Darfur: Einige Freunde sind wegen des Krieges geflohen, die meisten haben Freunde und Verwandte während des Krieges verloren. Einige sind nach Kamerun und Libyen geflohen, ein paar nach Italien. Er hätte auch nach Kamerun oder in den Tschad gehen können, weil es da eine Organisation gibt, die einem einen „Humanitären Pass“ gibt, aber darauf muss man 5 oder 6 Monate warten und dafür braucht man Geld. Im Sudan lebt es sich nicht schlecht, aber der Krieg! Die Reise ging über geheime Routen, da man sonst verhaftet wird. Seif wollte nach Großbritannien, oder irgendwo hin in Europa, aber er hatte gehört, dass man die Asylsuchenden gut behandelt, doch dann ist er in Italien angekommen und hat erkannt, dass alles ganz anders ist. Das Schwierigste ist, auf einem Stück Holz in Europa anzukommen. Die Fluchtroute führte durch die Wüste nach Libyen, mit ca. 90 Menschen auf einem Laster, erst Kufra, dann Tripolis, die Grenze zu überqueren ist kompliziert und gefährlich. Er ist am 5.9.2004 in Libyen angekommen, dort ist er 1 Jahr geblieben und hat schwarz gearbeitet, dann hat er 1500 Euro für die Überfahrt nach Italien bezahlt. In Lampedusa hat die Polizei die Flüchtlinge sofort aufgegriffen, 4 Tage waren sie im Lager, im Gefängnis, es war am 16.8.2005 und es waren ca. 400 Personen dort. Man musste sich nackt ausziehen vor den Polizisten, immer in 4er-Gruppen, aber ihre Religion verbietet es ihnen, sich vor anderen Menschen nackt zu zeigen, das haben sie auch gesagt, aber es wurde nicht gehört. Niemand hat mit ihnen gesprochen auf Lampedusa, es gab keine Anwälte. In Crotone, wo man sie dann hingebracht hat, gab man ihnen zwar Papiere, aber nichts von dem erfüllte sich, was da drauf stand. Es gebe Gesetze und es gebe die Realität, meint Seif. Er war 2 Monate in Crotone, dann hat er nach der Anhörung hat er einen humanitären Aufenthalt für ein Jahr, bis Oktober 2006, bekommen. Im Lager hat man ihm dann Geld für eine Fahrkarte bis Salerno (in der Nähe von Neapel) gegeben und sagte ihm, damit könne er bis ins viel weiter nördlich gelegene Rom fahren. Auch er musste laufend aus dem Zug aussteigen, da er kein Geld für eine weitere Fahrkarte hatte, so ist er bis Mailand gefahren. Als er in Italien ankam dachte er, Italien würde ihn verteidigen, ihm zur Seite stehen, doch er habe nur einen Krieg der Ungerechtigkeiten gefunden. Im Oktober 2005 haben sie mit anderen Sudanesen eine Demo auf dem Domplatz in Mailand gemacht und die Polizei hat ihnen versprochen, ihnen Häuser zu besorgen, sie haben weitere Demos gemacht, ohne dass was passiert ist, beim dritten Mal hat die Polizei sie gewaltsam fort geführt. Passanten sind eingeschritten und haben gesagt, die Flüchtlinge würden nur ihre Rechte fordern, denn sie müssen bei der Kälte in Notunterkünften kampieren, die morgens um 7 schließen, und den ganzen Tag auf der Straße zubringen.

Hamed, Sudan: Er ist mit mehreren Personen geflohen, 12 Tage durch die Wüste nach Libyen, wo er Mitte 2003 ankam, dort ist er bis August 2005 geblieben und hat schwarz gearbeitet, aber in Libyen könne man nicht leben. Er hatte von Freunden gehört, dass Italien ein demokratisches Land sei und es war am nächsten. 38 Leute sind in einem Boot losgefahren, nach 9 Tagen haben sie Lampedusa erreicht. Sie geben dir ein Boot in Libyen, einer muss sich finden, der es führt, doch kurz vor der Ankunft in Lampedusa wollte es keiner mehr führen, aber die Küstenwache hat sie aufgegriffen. Am 19.8. sind sie angekommen und es waren ca. 400 Leute im Lager, davon 38 Sudanesen. Wenn man Geld hat, kann man sich Telefonkarten für die Zelle kaufen, Mobiltelefone sind verboten. Aber eine Karte für 3 Euro kostet 10 Euro. Er war 5 Tage in Lampedusa, hat keine Anwälte gesprochen. Eine Anwältin sei gekommen, aber man habe sie nicht rein gelassen. Dann wurde er nach Crotone gebracht, wo er 60 Tage im Lager war. Dort hat er einmal Nylon-Kleidung bekommen, einmal Seife und ein klein wenig Waschmittel sowie eine Zahnbürste. Die Asyl-Kommission hat ihn vor Ort befragt und er hat einen humanitären Aufenthalt bis zum 13.10.2006 bekommen. Auch er erhielt eine Fahrkarte nach Salerno und musste oft aus dem Zug aussteigen, sie waren 25 Personen und haben sich dann auf den Zug aufgeteilt und sind so bis Rom gekommen. In Rom haben sie auch nur Sudanesen getroffen, die auf der Straße leben. Sie sind weiter nach Mailand gefahren, ohne Geld. Auch sie waren bei den Demonstrationen auf der Piazza Duomo dabei. 7 aus der Gruppe sind nach Rom zurückgekehrt, man hatte ihnen, obwohl sie auch aus Darfur kamen, keinen Aufenthalt gegeben. Hamed und die anderen leben bis zur Besetzung des Hauses in Mailand auf der Straße.

Teresa, Eritrea. Sie ist wegen des Krieges geflohen – über den Sudan nach Libyen und dann nach Westsizilien, nach Trapani. Im Sudan ist sie 2 Wochen geblieben, sie sind zu Fuß, manchmal mit dem Auto durch die Wüste, einmal sind 3 Leute vom Laster gefallen und in der Wüste zurückgeblieben. Vor 2 Jahren ist Teresa in Libyen angekommen, wo sie 2 Monate blieb und dann nach Italien weiterreiste. Sie waren 150 Menschen auf dem Boot. Sie haben sie aus dem Meer gefischt und nach Salina-Grande gebracht, keine Anwälte, nur Polizei. Sie hat einen Asylantrag gestellt und ein Papier bekommen, auf dem stand, sie käme aus Äthiopien. Sie hat das beanstandet, aber niemand hat es ernst genommen. Sie wartet nun schon 2 Jahre auf das erste Interview mit der Kommission. Sie wurde nach Rom zur Anhörung beordert, doch die fand dann nicht statt und Teresa kehrte nach Mailand zurück. Die Questura in Trapani hat ihr dreimal 250 € gegeben, wovon sie nach Mailand gefahren ist. Dort lebte sie 3 Monate bei Nonnen und dann 1 Jahr und 5 Monate im Zentrum des Roten Kreuzes, wo man 3 Euro am Tag bezahlen muss, nun wechselt sie ihre Aufenthaltsorte. Sie fragt immer in der Ausländerpolizei nach, ob sie Aufenthaltspapiere bekommen kann, doch man verlängert immer nur ihr altes Papier um 2 oder 3 Monate. Sie hat keine Arbeitserlaubnis, aber sie hat eine Schwarzarbeit gefunden. Ein zu Hause hat sie immer noch nicht.

Okbalidet, Eritrea. Okbalidet war Soldat, er musste gegen den Sudan kämpfen. Nach dem Krieg war er 4 Jahre im Gefängnis weil man ihn angeklagt hatte, er hätte für die Sudanesen gekämpft. Er ist geflohen, war 2 Monate im Sudan, dort gab es keine Probleme, aber dann kam die Ausweisung. Er ist nach Libyen gegangen, wurde an der Grenze geschnappt und kam ins Gefängnis kam, wo er von Dezember 2002 bis März 2003 saß. Es war ein Gefängnis

nur für Ausländer, sie kamen aus Eritrea, dem Sudan, es waren ungefähr 400 Menschen dort. Er war in einer großen Zelle mit 90 Menschen zusammen. Zur Essenszeit mussten alle raus, sie wurden oft geschlagen. Als er raus kam blieb er noch 1 Jahr und 9 Monate in Libyen, da er kein Geld hatte. Dann ist er nach Italien weiter und in Siracusa gelandet (Ostsizilien), man hat ihn ins Lager von Crotone (Kalabrien)gebracht. Dort hat man ihm eine Bestätigung für die Stellung eines Asylantrages und 780 € gegeben, er ist nach Palermo gefahren. Dort muss er das Papier immer erneuern lassen, alle 2 oder 3 Monate. Er wartet noch auf sein Interview, da er die Delegierten der Asyl-Kommission in Palermo verpasst hat, als sie dort war. Jetzt ist er seit 2 Monaten in Mailand und lebt auf der Straße.

www.larepubblica.it - 03. 02. 2006

Claudia Fusani: **Sind die libyschen Lager vielleicht mit italienischem Geld finanziert?**

(Forse le strutture di accoglienza costruite anche con soldi italiani)

ROM - Der Vortrag von Mario Mori während der Anhörung des Parlamentarischen Kontrollkomitees zur Arbeit der Geheimdienste hat eine genaue Untersuchung der Situation in Libyen zur Folge. Mori, Präfekt der S.I.S.DE (*Servizio per l' Informazione e la Sicurezza Democratica - Informations- und Demokratischer Sicherheitsdienst, d.h. der Italienische Geheimdienst*), war im Januar in einem libyschen Lager bei Seba, am Rande der Wüste, in dem zurückgeschobene Illegalisierte aus Italien inhaftiert werden. „Leute werden wie Hunde angegriffen, in Heime gebracht, wo es 100 Plätze gibt und 650 Personen in psychologisch und hygienisch furchtbaren Konditionen leben müssen.“ Es sei unklar, ob das Geld, mit dem Italien Projekten für die libysche Sicherheit im Rahmen des Notfallprogramms „Migration“ aus Afrika unterstützt, auch für den Bau von diesen Lagerstrukturen verwendet wird. Mori : „Es besteht ein konkretes Risiko terroristischer Infiltration durch diese ‚Notfall-Situation‘. In den letzten 2 Wochen wurden ca. 5000 Illegale auf dem Weg nach Europa an den libyschen Stränden gefasst.“

4. Migrationspolitik

November 2005: Der Erlass zur Umsetzung der Aufnahmerichtlinie der EU - DL n. 140 vom 30.5.2005

Dieser Erlass wurde Ende 2005 mehrfach stark kritisiert, da er nicht nur Minimalstandards enthält, sondern dem Präfekten viele Kompetenzen erteilt, die eigentlich zu den lokalen Verantwortlichkeiten gehören. Ein großer Kritikpunkt ist die Unterbringung: so gab es bis zum Inkrafttreten des Erlasses das sog. PNA, ein Unterbringungsprogramm, das von mehreren - auch Nichtregierungsorganisations-Seiten konzipiert und durchgeführt wurde (ICS, UNHCR etc.). Das neue Programm heißt „Sistema di Protezione“ (System des Schutzes). Es ist nicht vorgesehen, mehr Unterbringungsplätze als vorher zu schaffen (es gab vorher ein paar Tausend, auch viel zu wenig, aber wichtig waren dabei auch die flankierenden Integrationsmaßnahmen). Wenn nun kein Platz in dem neuen Programm ist kommen die Flüchtlinge in ein CDI - ein Identifikationslager, von denen einige geschlossene Lager sind.

CDIs sind überhaupt für alle verpflichtend, die illegal über die Grenze gekommen sind oder aber ihren Asylantrag zu spät gestellt haben (*unklar, was „zu spät“ genau heißt*).

Des weiteren bringt der Erlass eine Verlängerung der Aufenthalte in den CPTs, also quasi den Haftanstalten, obwohl diese teurer sind als eine normale Unterbringung: ein Tag im CPT kostet durchschnittlich 80 €, ein Tag im „Sistema di Protezione“ durchschnittlich 18 € pro Person.

Ein positiver Punkt dieses Erlasses: wenn man nach 6 Monaten noch keine Entscheidung erhalten hat über das Asylgesuch bekommt man eine Arbeitserlaubnis – vorausgesetzt, der Flüchtling trägt keine Schuld an der Verzögerung der Entscheidung (Mitwirkungspflicht...). Diese Arbeitserlaubnis ist jedoch befristet und nicht gleichzusetzen mit einer richtigen Arbeitserlaubnis. Zudem ist es für die Flüchtlinge schwierig, einen Arbeitsvertrag zu erhalten: viele Arbeitgeber verlangen einen festen Aufenthaltsstatus Ein fester Wohnsitz wird von Flüchtlingen eigentlich nicht verlangt. Aber es scheint in diesen Punkten große Unklarheit zu herrschen. Deshalb gibt es ein Schreiben des Arbeits-Ministeriums, das den potentiellen Arbeitgebern übergeben werden kann, die sich weigern einzustellen. Interessant ist in bezug auf die Wohnungsunterbringung, dass dieses Schreiben sich auch auf Flüchtlinge mit vorerst humanitärem Aufenthalt bezieht, die ja angeblich keinen festen Wohnsitz brauchen...

Hintergrund Info:

Euro-Mediterranean Partnership: Der Barcelona – Prozess

„The Euro-Mediterranean Conference of Ministers of Foreign Affairs, held in Barcelona on 27–28 November 1995, marked the starting point of the Euro-Mediterranean Partnership (Barcelona Process), a wide framework of political, economic and social relations between the Member States of the European Union and Partners of the Southern Mediterranean.

The latest EU enlargement, on 1st May 2004, has brought two Mediterranean Partners (Cyprus and Malta) into the European Union, while adding a total of 10 to the number of Member States. The Euro-Mediterranean Partnership thus comprises 35 members, 25 EU Member States and 10 Mediterranean Partners (Algeria, Egypt, Israel, Jordan, Lebanon, Morocco, Palestinian Authority, Syria, Tunisia and Turkey). Libya has observer status since 1999.” <http://euromed.epp-ed.org/>

REUTERS,

15.11.2006

Die Europäische Kommission will eine Europäische Task Force einrichten
Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, eine mediterrane Sicherheits“truppe“ gegen die irreguläre Einwanderung zu bilden, das gab der europäische Justiz- und Sicherheitskommissar Franco Frattini in der spanischen Tageszeitung El Mundo bekannt. Er habe es Zapatero sein Projekt zur Bildung einer gemeinsamen Meerespolizei schon vorgeschlagen. Natürlich alles unter dem Deckmantel, das Sterben im Mittelmeer müsse aufhören. In Italien ist die Zahl der über das Meer gekommenen MigrantInnen in 2005 auf über 50 % gestiegen.

Malta bittet die EU und Libyen um Hilfe im Umgang mit Flüchtlingen („Malta chiede aiuto a Ue, Libia per gestione immigrati“)

Der maltesische Innenminister Tonio Borg fordert Libyen und die EU auf, dem kleinsten europäischen Staat mehr in Bezug auf die immer größere Zahl der ankommenden afrikanischen Flüchtlinge zu helfen, die Malta wirtschaftlich belasten und den Rassismus fördern.

Ca. 1800 illegale afrikanische MigrantInnen seien 2005 an den maltesischen Küsten gelandet – das seien prozentual zur Bevölkerung ebenso viele Asylsuchende wie in Deutschland (er spricht von 350.000 Asylsuchenden in Deutschland (!?) und Malta habe 400.000 Einwohner). „Dieses Problem sprengt unsere humanitären und finanziellen Ressourcen“, sagte Borg in einem (...) Interview und ergänzt, dass seit 2002 5200 illegalisierte MigrantInnen aus Afrika die „rassistischen Einstellungen“ in Malta schüren. Fast alle MigrantInnen schiffen sich in Libyen ein, kommen aber aus Eritrea, Sudan und Somalia. Ca. 600 MigrantInnen, größtenteils aus dem Subsahara-Raum, seien niemals in Europa angekommen, sondern im Mittelmeer ertrunken, so der Minister. Borg möchte, dass Libyen die nicht-libyschen Flüchtlinge, die aber von Libyen gestartet sind, zurücknimmt.

Die Ereignisse in Ceuta/Melilla und die Ertrunkenen im Mittelmeer haben die EU endlich angemahnt, nach Jahren des Desinteresses etwas zu unternehmen – 20 Mio. Euro seien als Notfallfonds für die Länder zur Verfügung gestellt worden, hauptsächlich für Malta, Italien und Spanien, die am meisten mit ‚illegalen‘ MigrantInnen zu tun haben. Außerdem habe Holland sich bereit erklärt, 60 Flüchtlinge aus Malta zu übernehmen. Aber Borg möchte, dass auch andere EU-Staaten Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können, aus Malta übernehmen. Dafür schlägt Borg eine Quote von MigrantInnen vor, die in die Arbeitswelt integriert werden könnten, um dann Flüchtlinge aus Malta und anderen Ländern aufzunehmen, die mit Anlandungen rechnen müssen. Das würde einen legalen und organisierten ‚Migrationsfluss‘ und weniger Risiken für diejenigen, die das Mittelmeer überqueren, bedeuten. Wenn es eine Verteilungsquote gäbe, die von allen Staaten akzeptiert würde, auch auf freiwilliger Basis, würde das die Notwendigkeit der MigrantInnen reduzieren, von Libyen aus das Mittelmeer zu überqueren.

http://www.meltingpot.org/articolo6197.html?var_recherche=dossier+caritas+2005

Der neue CARITAS-Bericht Migration 2005 ist erschienen

„Dossier Statistico Immigrazione 2005 – XV Rapporto Caritas/Migrantes“

Der neue Bericht beleuchtet das „Phänomen“ Migration z.B. in Bezug auf die Rolle der MigrantInnen in der Entwicklung der italienischen Wirtschaft. Die „Fremdarbeiter“ werden immer sichtbarer, aber sie verdienen weniger für die gleiche Arbeit als italienische KollegInnen.